

BEIGEN
18 Uhr
17-18 Uhr
FLATIN
mbl. App
Lano, Telef
Harmara-M
de und Mel
Telefon, A
rum Fern
Kommen, B
orus, ta
owa, Droge
g, sehr im
ch und and
Kinderliche
icht. Stelle
shult. Ref
da noch
angebote un
nk und K
mehr preis
erei Gerge
Ca-14
schr bilde
uter Famil
gultatire
bnaliger H
1425 an d
14
und Druck
(Schw
usw.) Graf
tia - nob
morgens b
13
rant
e
1-13
stränke
e
irche.
hr Güter-

Nl. Prati
ch, Frank
ngabe von
berückicht
-Nr. 700

ze
a-Ein-
werden.
mmen.
at die
in ihrer
wid
einen
at.
helhof

Nuhası 5 Krustur
APONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAMIL İÇİN HARIÇ İÇİN
Aylık Türk lirası 1.50 R.M. 5.-
Üç aylık " " 4.25 " 13.-
Altı aylık " " 8.- " 25.-
Birsenelik " " 15.- " 50.-
yahut mukabil.
İdarehane
Tekke Cadest No. 585 ve 587.
Telegraf adresi: Türkipost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krus
BEZUGSPREISE:
Inland Ausland
für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-
" 3 Monate " 4.25 " 13.-
" 6 Monate " 8.- " 25.-
" 12 Monate " 15.- " 50.-
oder Gegenwert
Geschäftsleitung:
Tekke - Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkipost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

Der Heilige Stuhl und das Palästina Mandat.

Eine interessante römische Publikation. — Vatikanische Forderungen aus den 1919 bis 1922.

Città del Vaticano, 18. Sept. Im Hinblick auf die Behandlung des Palästina-Rapports der Mandatskommission des Völkerbundes in der in Genf zusammengetretenen 60. Völkerbundsversammlung gibt „Corrispondenza“ einen, wie man vermutet, inspirierten Überblick über die Palästinafrage. Es soll damit gezeigt werden, daß der Heilige Stuhl der Frage stets größte Aufmerksamkeit geschenkt hat.

In den Ausführungen wird daran erinnert, wie durch internationale Abkommen vom Jahre 1915 Palästina einem internationalen Regime unterstellt werden sollte. 1917 rückten die alliierten Truppen ein und Palästina wurde als selbständiger, dem englischen Mandat unterstellter Staat erklärt. Als bald ließ die französische Kustodie des Heiligen Landes der Pariser Konferenz ein Memorandum zugehen, in dem sie eine Prüfung jener Fragen verlangte, die seit Jahrhunderten die christlichen Gemeinschaften, namentlich wegen ihrer Rechte, kirchliche Funktionen an den heiligen Stätten vorzunehmen, in Uneinigkeit gebracht hatten. Unter Hinweis auf die von katholischen Mächten bei der Türkei gemachten Schritte verlangte die Kustodie des Heiligen Landes Rückkehr zum Status quo des 14. Jahrhunderts, wie er sich nach dem Fall des Königreiches Jerusalem herausgebildet hatte. Des ferneren wurde die Wiedereinsetzung in alle früheren Rechte verlangt, so des Rechtes, allen kirchlichen Funktionen beizuwohnen und die Heiligtümer von sich aus restaurieren zu können, wie das vor 1757 der Fall gewesen war. Endlich fordert die Kustodie die Rückgabe des Abendmahlsaales.

Bei den Friedensverhandlungen verlangte die italienische Regierung die Rückerstattung des Abendmahlsaales an den König von Italien, da er rechtmäßiger Erbe des Königs von Neapel sei, der ihn 1833 auf rechtmäßige Weise vom Sultan von Aegypten gekauft hatte. Im April 1919 war der Sultan bereit, in diesem Sinne eine Urkunde zu erlassen, als England mit der Bemerkung dazwischen trat, diese Frage müsse von dem Artikel 95 des Vertrages von Sevres vorgesehenen Kommission behandelt werden; der von der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgeschlossene Vertrag, betreffend des Abendmahlsaales könne nicht als gültig ersucht werden. In der Presse und in diplomatischen Aktenstücken wurde damals ausgeübt dargelegt, daß die englische Behauptung nicht stichhältig war. Dennoch blieb die Frage bis heute — und das ohne jedes Verschulden des Heiligen Stuhles — ungelöst. In den Londoner Verhandlungen, in denen der Friedensvertrag mit der Türkei beraten und vorbereitet wurde, beabsichtigte man, die Lösung des Problems der Heiligen Stätten einer besonderen Kommission zu überweisen, die von der Mandatmacht zu bilden wäre.

Der Mandatsentwurf blieb lange liegen, ohne vom Völkerbunde geprüft zu werden: erst im Jahre 1922 befaßte er sich damit. Der Heilige Stuhl aber war nicht untätig geblieben. Er hatte den lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Msgr. Barlassina, nach London geschickt, um die Frage zu behandeln, und dem Völkerbund eine Note unterbreitet. Darin betonte er, es könne nicht zugegeben werden, daß die Kommission für den heiligen Stuhl das Eigentumsrecht an den Heiligtümern diskutiere, die seit Jahrhunderten im friedlichen Besitz der Katholiken sich befinden haben; ferner werden die Kommission, so wie sie vorgesehen war, zu keinem konkreten Resultate kommen. Der Heilige Stuhl machte den Vorschlag, daß die Vertreter der verschiedenen religiösen Bekenntnisse lediglich mit beratender Stimme der Kommission angehören sollen, die Kommission aber aus den Konsuln im Heiligen Lande gebildet werde, deren Mächte im Völkerbundsarat vertreten sind; den übrigen dort vertretenen Mächten aber, die keinen Konsul in Palästina besitzen; soll es freigestellt sein, eine andere Person zu ernennen.

Die britische Regierung antwortete darauf, sie sei bereit, alle Fragen einer aus Personen von universellem Ansehen gebildeten Kommission zu überweisen, die so auszuwählen sei, daß keine an Palästina interessierte Macht oder Konfession ohne Vertretung bleibe. Der Heilige Stuhl machte nochmals den Vorschlag, die Kommission solle permanent sein und aus den Konsuln gebildet werden. Am 31. August 1922 kam dann der Vorschlag Balfours, eine Kommission zu bilden, der ein protestantischer Amerikaner zu präsidieren hätte und die in drei Subkommissionen einzuteilen sei. Der Heilige Stuhl aber machte darauf aufmerksam, daß die Katholiken in den Subkommissionen gegenüber einer geschlossenen Mehrheit um vier Stimmen zu kurz kommen. Das Projekt wurde dann zurückgezogen und die Frage befindet sich heute noch auf demselben Fleck.

Von der liberalen Partei.

Der Vorstand der liberalen Partei ist gestern nicht zusammengetreten. Fethi Bey ist am Vormittag im Parteibüro anwesend gewesen und hat die dringendsten Arbeiten erledigt. Heute wird der Führer der liberalen Partei, Fethi Bey, nach Ankara abreisen. Die Abgeordneten der neuen Partei, Sureja Pascha und Naki Bey sind bereits gestern nach Ankara gefahren. Tahsin Bey, Taalat Bey, Aghaoglu Ahmet Bey und Mehmet Emin Bey werden sich ebenfalls heute nach der Hauptstadt begeben. Der Abgeordnete von Stambul, und Mitglied der neuen Partei, Haidar Bey, wird hier verbleiben und die Leitung der Parteizentrale übernehmen. Am Dienstag wird das Parteibüro der liberalen Partei in das neu gemietete Gebäude am Taximplatz verlegt werden.

Der Abgeordnete von Ardahan und Mitglied der liberalen Partei Tahsin Bey, machte folgende Erklärungen: Unsere Partei hat mit einer Organisation in Ankara noch nicht begonnen. Der Neubau meines Hauses in der Hauptstadt wird in Bälde fertiggestellt sein, doch sind alle Gerichte wonach die Partei dorthin ihre Büro verlegen wolle, unbegründet.

Zu den Journalistenverhaftungen in Smyrna.

Die in Smyrna vor einiger Zeit verhafteten Journalisten Seinel Bessim und Bedri sind wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes aus der Untersuchungshaft entlassen und ins Krankenhaus überführt worden. Gestern wurden in Smyrna weitere 5 Personen wegen Beteiligung an den Ausschreitungen bei den Demonstrationen verhaftet.

Aus der türkischen Presse.

In der *Milliyet* schreibt der Abgeordnete von Seerd, Mahmut Bey, daß Fethi Bey in seiner Smyrnaer Rede zu den Steuerfragen, die von ihm als ein Fehnerschuld gebraucht werden, keine klare Stellung genommen hätte, während Ismet Pascha in seiner Rede von Siwas in eindringlicher Weise nachwies, daß die Steuerlast des Bauern, die in den früheren Zeiten 40 % der Einnahmen des Staates ausmachte, heute prozentual nur noch etwa ein Zehntel der Einnahmen betrage. Fethi Bey hole auch anläßlich der Monopole gerade diejenigen heraus, die entweder z. Z. gar nicht mehr existieren, oder wie das Tabakmonopol für den Staat eine unentbehrliche Einnahmequelle darstellen.

In *Inkılâp* bittet Jakup Kadri die Gefallenen von Ararat um Verzeihung, weil sie wegen der Geschehnisse der letzten Zeit in der Presse keine gebührende Beachtung gefunden hätten, und findet es schmerzhaft, daß die Presse neben den Nachrichten über Parteihandlungen für dieses großmütigen Opfer des Vaterlandes keinen Platz gefunden hätte.

In *Cumhuriyet* erwähnt Junus Nadi, daß die Schwankungen des Wertes der türkischen Währung auf die Wirtschaftskrise verschärfend gewirkt hätten, und sagt, daß das für die Beseitigung dieser Schwankungen gebildete Konsortium die Lage gerettet hätte. Diese Lage habe sich in der letzten Zeit völlig verändert.

Rücktritt des Justizministers.

Weitere Aenderungen im Kabinett.

Wie aus Ankara gemeldet wird, hat der Justizminister Mahmut Essad Bey, der vorgestern von Smyrna abgereist ist, dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Als Nachfolger für den ausscheidenden Justizminister werden zur Zeit die Namen der Abgeordneten von Burdur und Sinope, Mustafa Scherif Bey oder Jussuf Kemal Bey genannt.

Die Gerüchte, über eine noch weitergehende Umbildung des Kabinetts Ismet Pascha, von denen wir gestern bereits berichteten, haben sich weiter verdichtet. Wie der „Akşam“ dazu erfährt, soll der Minister für öffentliche Arbeiten, Redscheb Bey zurücktreten und mit dem Amt als Generalsekretär der Volkspartei betraut werden. An seine Stelle soll als Minister für öffentliche Arbeiten der Abgeordnete von Diarbekir Sekjai Bey treten. Neben den bisher genannten Abgeordneten Kemal Saim und Nafi Atuf Bey als Anwärter auf den Posten des Unterrichtsministers, wird jetzt als aussichtsreichster Kandidat für diese Stelle der

Sitzung beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident machte vorgestern eine Rundfahrt mit dem Auto durch die Hauptstadt.

Im Anschluß daran, fand im Hause des Abgeordneten von Marasch, Mithat Bey, wo zur Zeit der Staatspräsident Wohnung genommen hat, eine Sitzung statt, an der der Ministerpräsident Ismet Pascha, der Präsident der G.N.V., Kiasim Pascha, die in Ankara anwesenden Minister und zahlreiche Mitglieder der Volkspartei teilnahmen. Die Sitzung hat bis nach Mitternacht gedauert. Man vermutet, daß in der Sitzung die wichtigsten Ereignisse der letzten Tage besprochen wurden.

Bei der gestern abend stattgefundenen Versammlung der Volkspartei unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Ismet Pascha haben die gleichen Persönlichkeiten wieder teilgenommen. Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß gewisse Maßnahmen von großer Wichtigkeit in Bezug auf die Reform und die Verbesserung der Volkspartei, gefaßt sein sollen.

Fewsi Pascha in Erserum.

Der Generalstabschef Fewsi Pascha ist gestern nachmittags in Erserum eingetroffen. Er wurde vom Wali, dem Festungskommandanten, von den höheren Offizieren und von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten empfangen. Die Truppen der Garnison sowie die Schulen und Vereine hatten am Regierungsgebäude Aufstellung genommen. Die Militärkapelle spielte beim Eintreffen des Generalstabschefs den Unabhängigkeitsmarsch. Nach der Begrüßung schritt der Generalstabschef Fewsi Pascha die Front der Truppen ab und besichtigte im Anschluß daran das Armeekommando und das Wilajet. Am Abend gab die Stadt zu Ehren des hohen Gastes ein Bankett.

Wahlergebnisse aus Anatolien.

Von den Gemeindevahlen liegen aus Anatolien bereits einige Ergebnisse vor. In Inegöl, Karatschabej, Kadinhane, Sarpandscha, Pasarköj bei Rise, Tschekirge und Dikili hat die Volkspartei die Mehrheit erzielt, in Tschatadscha die liberale Partei.

Aus Deutschland.

Regierung und Sozialdemokraten.

Berlin, 19. Sept.

Nach den letzten Verlautbarungen in der Presse und der Rundfunkrede des Reichsministers Dr. Wirth besteht kaum noch ein Zweifel, daß Brüning es zunächst einmal mit einer Minderheitsregierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie versuchen will. Brüning wird mit einem neuen Programm, das Wirth das Programm der Sachlichkeit genannt hat, vor den Reichstag treten. Wie dieses Programm aussehen wird, läßt sich naturgemäß noch nicht übersehen. Der Reichskanzler will offenbar erst die Meinung der für die Unterstützung der Regierung in Frage kommenden Parteien hören, bevor er sein Programm endgültig formuliert. Zu diesem Zweck hat bereits eine unverbindliche Unterredung mit dem volksparteilichen Führer Dr. Scholz stattgefunden. Weitere Besprechungen sollen folgen. Vor allem wird der Reichskanzler mit den Führern der Sozialdemokratie verhandeln. Aber auch mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten soll Fühlung genommen werden. Allerdings wird, besonders was die letzten beiden Parteien anbelangt, betont, daß es sich lediglich um informatorische Besprechungen handelt.

In Kreisen der Reichsregierung scheint man den Besprechungen mit den Parteiführern und auch was die Aussichten des Programms der Regierung im neuen Reichstag anbelangt, mit großem Optimismus entgegenzusehen. Dieser Optimismus ist jedoch nur insofern gerechtfertigt, als die SPD anscheinend grundsätzlich zur Unterstützung des Kabinetts Brüning bereit ist. Der Optimismus, der Reichsregierung aber scheint kaum angebracht zu sein, wenn man die sozialdemokratischen Forderungen berücksichtigt.

Der schwierigste Punkt hierbei scheint tatsächlich die Frage der Notverordnungen zu sein. In Preußen scheint man sich zwar mit den Notverordnungen abgefunden zu haben, denn das preußische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung die Vorlagen zur Ausführung der Notverordnungen verabschiedet, aber innerhalb der sozialdemokratischen Partei scheint man sich noch keineswegs damit abgefunden zu haben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der „Vorwärts“ unter Anspielung auf die Notverordnungen der Sozialdemokratie empfohlen hat, durch keinen Streit über Vergangenes und durch keine Rechthaberei die sich anbahnenden Verhandlungen zu stören. Jedenfalls lassen die Äußerungen der sozialdemokratischen Blätter aus allen Teilen des Reichs deutlich erkennen, daß die völlige oder teilweise Aufhebung der Notverordnungen eine der Hauptbedingungen der Sozialdemokratie darstellt.

Wird Brüning diese Bedingungen erfüllen können? Wird er auch den sonstigen Forderungen der SPD in sozial- und steuerpolitischer Hinsicht Rechnung tragen können, ohne sein Programm nicht schon von vornherein ernsthaft zu gefährden und für die bürgerlichen Parteien unannehmbar zu machen? Von der Beantwortung dieser Fragen wird in den nächsten Tagen viel abhängen. Ausserdem aber muß die Frage aufgeworfen werden, wie sich die sozialdemokratischen Forderungen mit den Interessen der Landwirtschaft die Reichsernährungsminister Schiele im Kabinett vertritt, in Übereinstimmung bringen lassen werden, wie die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei sich zu den sozialdemokratischen Bedingungen stellen. Alle diese Fragen beweisen, daß auch eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie noch ihre Schwierigkeiten haben dürfte.

Gronau in Berlin.

Berlin, 21. Sept.

Der deutsche Ozeanflieger v. Gronau ist heute mit dem Flugzeug von Hamburg auf einem der großen Seen bei Berlin gelandet. Er wurde bei seiner Ankunft vom Regierungspräsidenten von Potsdam begrüßt. Zahlreiche Großflugzeuge hatten ihm auf der letzten Strecke das Geleit gegeben.

Die Herrscher der Vereinigten Staaten.

Von Paul H. Ortman-Chicago.

James W. Gerard, der bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg amerikanischer Botschafter in Berlin war, hat der Welt dadurch eine Sensation beschert, daß er die Liste der Herrscher der Vereinigten Staaten veröffentlichte. Und das kam so. Gerard hatte eine Broschüre geschrieben, worin er der englischen Regierung den Rat gab, innerhalb des Britischen Reiches Freihandel einzuführen und das ganze Reich nach aussen hin durch eine hohe Zollmauer zu schützen. Mit diesem Rezept glaubt Gerard die Engländer zum wohlhabendsten Volk der Welt machen zu können. Es erscheint einigermaßen erstaunlich, dass ein Amerikaner den Engländern diese Ratschläge gibt, aber man darf nicht vergessen, daß Gerard für die Dienste, die er England als amerikanischer Botschafter geleistet hat, von englischen König in den Adelsstand erhoben worden ist. Auch in diesem Falle scheint alte Liebe noch nicht gerostet zu sein.

In jener Broschüre steht jedoch auch die Bemerkung, das britische Weltreich müsse zur erfolgreichen Durchführung des Gerard'schen Wirtschaftsprogramms von Männern regiert werden, die ebenso tüchtig sind wie die „vierzig Männer, welche die Vereinigten Staaten beherrschen“. Als Gerard erfragt wurde, wer diese vierzig Herrscher seien, hat er die Namen veröffentlicht und noch neunzehn hinzugefügt. Nach seiner Ansicht wird also das amerikanische Volk von 59 Männern beherrscht. In Gerard's Liste stehen viele Namen, die in der ganzen Welt bekannt sind, zum Beispiel John D. Rockefeller Jr., Andrew W. Mellon, J. P. Morgan, Charles M. Schwab, Henry Ford, John J. Rascob, die Familie Du Pont, Adolph S. Ochs, Samuel Insull und William Randolph Hearst. Die anderen Mitglieder des „Herrscherhauses“ sind wohl vielen Amerikanern bekannt, können aber doch nicht den Anspruch erheben, internationale Berühmtheit zu sein.

In der Liste sind die Hochfinanz, die Grossindustrie, die Handelswelt, die Verkehrsgesellschaften, die Filmindustrie und das Zeitungswesen vertreten. Fast die Hälfte der Namen entfällt auf die Industrie. Nun liegt die Frage nahe: Ist Gerard's Behauptung richtig? Wird das amerikanische Volk tatsächlich von einigen Vertretern der Hochfinanz, der Industrie, des Handels, der Verkehrsgesellschaften, der Filmindustrie und der Presse beherrscht? Mit andern Worten: Hat die Demokratie in den Vereinigten Staaten vollständig versagt?

Es ist wohl wahr, dass diese Männer, denen gewaltige Geldmittel zur Verfügung stehen, und in deren Hand das Schicksal von Tausenden von Angestellten und Arbeitern liegt, einen starken Einfluss auf die Politik ausüben. Aber es gelingt ihnen durchaus nicht immer, ihren Willen durchzusetzen. Die nationale Gesetzgebung liegt in der Hand des Kongresses. Diese Körperschaft war von Mitte April 1929 bis zum Sommer 1930 mit kurzen Unterbrechungen in Sitzung. Während dieser langen Session zeigte sich deutlich, daß die Regierung im Abgeordnetenhaus über eine zuverlässige Majorität verfügte; im Senat saßen jedoch so viele Republikaner, die vollkommen frei und unbeeinflusst vorgehen, und mit ihnen verbündeten sich so viele Demokraten, dass die Regierung ihr legislatives Programm nur zum Teil, und selbst das nur unter den größten Schwierigkeiten durchbringen konnte.

Im Bundesrat sitzen seit vielen Jahren zahlreiche Männer, die wegen ihrer angeblich radikalen Ansichten den „Herrschern“ ein Dorn im Auge sind. Letztere haben auch häufige und energische Anstrengungen gemacht, die Wiederwahl dieser Männer zu verhindern, aber es ist ihnen bis jetzt nicht gelungen. In Gerard's Liste findet sich kein einziger Vertreter der Landwirtschaft. Nun gibt es aber in der Union zahlreiche Staaten mit überwiegender und viele

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.25 Piaster.